

Amtsgericht Wesel



-30- Amtsgericht Wesel - [REDACTED]

13.03.2024

Seite 1 von 1

Rechtsanwälte
Gansel

Aktenzeichen

30 C 130/22

bei Antwort bitte angeben

[REDACTED]

Bearbeiter
Frau

[REDACTED]

0281144-164

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit

[REDACTED] gegen Volkswagen AG

erhalten Sie auf Anordnung des Gerichts die Anlage(n) zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

te [REDACTED]

Justizbeschäftigte

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift

[REDACTED]

Sprechzeiten

-auch telefonisch-

Mo, Di, Mi, Fr 08:30-12:30 Uhr;

Do 11:00-15:00 Uhr

Telefon

02811440

Telefax:

0281144124

Nachbriefkasten:

[REDACTED]

Konten der Zahlstelle [REDACTED]:

Postbank IBAN

DE15360100430017480430

Schalterstunden: Mo.-Fr. 09:00

Uhr bis 12:00 Uhr

Verkehrsanbindung: VGN-

Buslinien 63, 64, 86 (Haltestelle:
Amtsgericht)



Amtsgericht Wesel
IM NAMEN DES VOLKES
Urteil

In dem Rechtsstreit

des Herrn [REDACTED], [REDACTED],

Klägers,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gansel,
Wallstraße 59, [REDACTED],

gegen

die Volkswagen AG, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den
Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg,

Beklagte,

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]

LLP,

[REDACTED],

hat das Amtsgericht Wesel
auf die mündliche Verhandlung vom 26.01.2024
durch den Richter am Amtsgericht Baumeister

für Recht erkannt:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 2.505,00 EUR nebst Zinsen in
Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem
23.01.2024 sowie den Kläger von den durch die Beauftragung der

Prozessbevollmächtigten des Klägers entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 685,44 freizustellen.

Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu 12,5%, der Beklagten im Übrigen auferlegt.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 120% des jeweils zu vollstreckenden Betrages.

Der Streitwert wird bis zum 18.01.2024 auf 3.340,00 EUR, ab da auf 2.505,00 EUR festgesetzt.

Tatbestand:

Der Kläger erwarb am 16.01.2020 einen Gebrauchtwagen VW Passat B8 2.0 TDI Variant, der über einen Motor der Baureihe EA288 verfügt und von der Beklagten hergestellt wurde. Zum Kaufzeitpunkt wies dieser einen Kilometerstand von 51.071 km auf. Zum Zeitpunkt 25.01.2024 wies das Fahrzeug einen Kilometerstand von 82.314 km auf.

Die Motorsteuerung des o.g. Fahrzeugs war mit einer sog. Umschaltstrategie basierend auf einer Fahrkurvenerkennung ausgestattet, die auf den NEFZ ausgerichtet war. Diese sorgt dafür, dass im Falle der Erkennung eines solchen Prüfzyklus eine Regeneration des NO_x-Speicherkatalysators (NSK) während der Vorkonditionierung stattfindet, um in den eigentlichen Prüfzyklus jeweils mit einem möglichst leeren NSK starten zu können. Außerhalb des Prüfbetriebs erfolgt die Regeneration des NSK in Abhängigkeit von Strecke und Beladungszustand des NSK.

Der Kläger behauptet, dass die hiermit verbundene Abgasreinigungsleistung im Realbetrieb deutlich weniger wirksam sei als im NEFZ. Auch sei die o.g. Umschaltstrategie nicht in den der Typgenehmigungsbehörde vorgelegten Unterlagen entsprechend den Anforderungen der Richtlinie 2007/EG/46 dargestellt worden. Das durch den Kläger erworbene Fahrzeug entspreche daher nicht dem genehmigten Typ.

Der Kläger ist der Ansicht, dass es sich bei der vorbenannten Umschaltstrategie um eine unzulässige Abschalteneinrichtung handle.

Das Fahrzeug verfügt zudem über ein sog. Thermofenster. Unstreitig wird im Umgebungslufttemperaturbereich unter -24 °C und über 70°C die Abgasrückführung (AGR) abgeschaltet.

Der Kläger behauptet, dass im Bereich zwischen -24 °C und 70°C die AGR nicht zu 100% aktiv sei, sondern auch dort teilweise abgeschaltet werde.

Die durch die Beklagte erteilte Übereinstimmungsbescheinigung sei falsch.

Er behauptet weiter, dass er das Fahrzeug nicht erworben hätte, wenn er von dem Vorhandensein der o.g. Vorrichtungen oder der unzutreffend erteilten Übereinstimmungsbescheinigung gewusst hätte.

Der Kläger beantragte zunächst,

die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger einen Betrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] dessen Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, jedoch mindestens EUR 3.340,00 betragen muss, zu zahlen, nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit und

den Kläger von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten des Klägers entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 685,44 freizustellen.

Die Beklagte beantragte,

die Klage abzuweisen.

Nunmehr beantragt der Kläger,

die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger einen Entschädigungsbetrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] zu zahlen, dessen Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens EUR 2.505,00 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss und

den Kläger von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten des Klägers entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 685,44 freizustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte behauptet, die Umschaltstrategie habe lediglich dazu gedient, im NEFZ vergleichbare Ergebnisse zu erzeugen. Würde der Fahrzyklus mit einem nicht (annähernd) leeren NSK begonnen, wäre eine Regeneration innerhalb des Fahrzyklus durchzuführen, die aber der Beseitigung von Beladungen diene, die nicht während des Fahrzyklus erzeugt worden sei. Insofern liege keine unzulässige

Abschalteinrichtung vor, da diese nicht relevant für die Einhaltung der Grenzwerte sei, sondern vielmehr in den regulatorischen Vorgaben wurzele.

Auch wäre bei Kenntnis der Typgenehmigungsbehörde von der Fahrkurvenerkennung und der Umschaltstrategie von dieser die Typgenehmigung ebenso erteilt worden. Diese wäre auch ansonsten von dieser nicht beanstandet worden, weshalb die Beklagte sich in einem unvermeidbaren Rechtsirrtum befunden hätte, soweit die Unzulässigkeit unterstellt würde.

Wegen des weiteren Vortrags der Parteien wird auf die Schriftsätze und die Sitzungsniederschrift(en) verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist begründet.

Dem Kläger steht gegen die Beklagte ein Anspruch auf Zahlung von 2.505,00 EUR zu, der sich aus § 823 Abs. 2 BGB iVm. §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV ergibt.

Die Bestimmungen der §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV sind Schutzgesetze im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB, die das Interesse des Fahrzeugkäufers gegenüber dem Fahrzeughersteller wahren, nicht durch den Kaufvertragsabschluss eine Vermögenseinbuße im Sinne der Differenzhypothese zu erleiden, weil das Fahrzeug entgegen der Übereinstimmungsbescheinigung eine unzulässige Abschalteinrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 aufweist (vgl. EuGH. NJW 2023, 1111).

Gegen diese Bestimmungen hat die Beklagte rechtswidrig und schuldhaft, nämlich jedenfalls fahrlässig, verstoßen.

Das von dem Kläger erworbene und von der Beklagten hergestellte Fahrzeug verfügt über zumindest eine Abschalteinrichtung.

Das betrifft die Umschaltstrategie, die infolge der Fahrkurvenerkennung beim NEFZ-Fahrzyklus wirksam wird. Nach Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 kann eine Abschalteinrichtung schon dann vorliegen, wenn die Funktion nur eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems in Abhängigkeit von bestimmten Parametern verändert und die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs verringert wird. Während in Bezug auf die Funktionsänderung auf Teile des Emissionskontrollsystems abgestellt werden kann, kommt es für die Wirkung der Funktionsänderung auf das Emissionskontrollsystem in seiner Gesamtheit an, etwa auf die kombinierte Wirkung von Abgasrückführung und -reinigung. Maßstab für die Frage der Zulässigkeit einer Funktionsveränderung in Abhängigkeit von bestimmten Parametern ist nach Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht die Einhaltung des Grenzwerts, sondern die Wirksamkeit des unverändert

funktionierenden Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs. In diesem Zusammenhang bedarf es eines Vergleichs der Wirksamkeit des unverändert funktionierenden und derjenigen des verändert funktionierenden Gesamtsystems, und zwar jeweils unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs im gesamten Unionsgebiet. Ob die Grenzwerte unter den Bedingungen des Neuen Europäischen Fahrzyklus (NEFZ) auch bei veränderter Funktion eingehalten würden, was die Beklagte unter dem Gesichtspunkt der mangelnden Grenzwertkausalität geltend macht, ist hingegen mit Rücksicht auf den Wortlaut des Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht von Bedeutung. Die Prüfung im NEFZ lässt nur in Bezug auf die dabei wirksamen Emissionskontrollsysteme Prognosen für den gewöhnlichen Fahrbetrieb zu und auch das nur dann, wenn die Wirksamkeit der betreffenden Systeme im gewöhnlichen Fahrbetrieb nicht verringert wird. Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 knüpft an die Verringerung der Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems in seiner Gesamtheit an und nicht an die Einhaltung der Grenzwerte im NEFZ. Das gilt ohne Rücksicht auf die jeweils eingesetzten Technologien (vgl. EuGH, Urteil vom 8. November 2022 - C-873/19, NJW 2022, 3769 Rn. 92, vgl. BGH BGHZ 237, 245).

Die Umschaltstrategie betreffend den NEFZ führt zu einer Veränderung der Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems, da diese unter anderen Bedingungen stattfindet. Während des Prüfzyklus einschließlich der Vorkonditionierung wird das System so gesteuert, dass eine möglichst optimale Funktion des NSK sichergestellt ist. Außerhalb des Prüfzyklus erfolgt die Regenerierung des NSK mit Schwerpunkt auf dessen Beladungszustand. Dass sich hieraus Änderungen der Emissionskontrolle ergeben, liegt auf der Hand. Soweit die Beklagte einwendet, die Grenzwerte würden bei beiden Strategien eingehalten, ist das irrelevant, weil es – siehe oben – nicht auf die Grenzwertrelevanz ankommt. Wenn die Beklagte darüber noch hinausgeht, indem sie einwendet, auch die „Normalbetrieb“-Strategie führe nicht zu höherem Emissionsausstoß, ist dies bereits für sich genommen unglaubhaft. Denn die Beklagte erläutert nicht, weshalb – die Emissionsneutralität unterstellt – eine Umschaltstrategie überhaupt eingebaut worden ist. Hätte diese keine Auswirkungen auf den Emissionsausstoß, wäre sie – auch unter dem Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit – unnötig gewesen.

Dass diese Abschaltseinrichtungen zulässig gewesen wären, hat die Beklagte nicht dargelegt. Dabei genügt für die substantiierte Darlegung nicht die reine „Rechtsbehauptung“ einer Zulässigkeit.

Eine Abschaltseinrichtung ist gem. Art. 5 Abs. 2 VO EG 715/2007 grundsätzlich unzulässig, es sei denn, die Voraussetzungen der dort benannten Ausnahmen läge vor.

Das ist vorliegend nicht der Fall.

Weder lässt sich die o.g. Umschaltstrategie mit Motorschutzgründen (lit. a)), Startvorgängen (lit. b)) noch mit Bedingungen rechtfertigen, die in den Verfahren zur Prüfung der Verdunstungsemissionen und der durchschnittlichen Auspuffemissionen im Wesentlichen enthalten sind. Denn das ist gerade nicht der Fall. Die Beklagte vertritt im Wesentlichen die Ansicht, dass sich aus den Bedingungen des NEFZ ergebe, dass die dort gemessenen Werte „vergleichbar“ sein müssten. Einerseits liegt eine solche ungeschriebene Voraussetzung zwar nahe, andererseits ist aber bereits nicht erkennbar, weshalb eine solche Vergleichbarkeit ohne die Abschalteneinrichtung nicht gegeben gewesen wäre. Die Ausführungen der Beklagten dazu, dass ohne die Abschalteneinrichtung ggf. im Prüfzyklus eine Regenerierung stattfinden würde, die auf Beladungen aus der Vorkonditionierung zurückgehe, enthalten bei [REDACTED] betrachtet keine nachvollziehbare Begründung dafür, dass eine

Vergleichbarkeit nicht vorläge. Eine Vergleichbarkeit betreffend Messergebnisse desselben Fahrzeugs ergäbe sich bereits aus einer Mittelung etwaiger verschiedener Testergebnisse. Eine Vergleichbarkeit zu den Messergebnissen anderer Fahrzeuge ergibt sich aus dem Umstand, dass der Testzyklus für alle (vergleichbaren) Fahrzeug derselbe ist. Die Umschaltstrategie, die die Beklagte im streitgegenständlichen Fahrzeug verbaute, dient gerade nicht der Herstellung einer Vergleichbarkeit, sondern der Erzielung bestmöglicher Ergebnisse.

Die falsche Übereinstimmungsbescheinigung ist auch Grundlage für den Kauf des Fahrzeugs durch den Kläger gewesen. Insofern kann sich der Kläger auf den Erfahrungssatz stützen, dass er den Kaufvertrag nicht zu diesem Kaufpreis geschlossen hätte (vgl. BGH NJW 2023, 2259, 2267 mwN). Soweit die Beklagte darauf verweist, dass das Fahrzeug erst erworben worden sei, nachdem der „Dieselskandal“ bereits öffentlich bekannt gewesen sei und ein Update zur Verfügung gestellt worden sei, ändert das nichts. Zum einen betraf die öffentliche Berichterstattung primär den Motor EA189, zum anderen bestreitet die Beklagte bis heute (und auch im hiesigen Rechtsstreit), dass das streitgegenständliche Fahrzeug über eine unzulässige Abschalteneinrichtung verfüge (vgl. BGH NJW 2023, 2259, Tz. 57). Weshalb dem Kläger das Wissen um eine solche unterstellt werden sollte, wenn selbst die Beklagte als Herstellerin vorgibt, solche Kenntnis nicht zu haben, erschließt sich nicht.

Die Erteilung einer unrichtigen Übereinstimmungsbescheinigung einschließlich der Schadensverursachung sind durch die Beklagte rechtswidrig und schuldhaft erfolgt.

Die Rechtswidrigkeit liegt auf der Hand.

Die Beklagte handelte zumindest fahrlässig. Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt, § 276 Abs. 2 BGB. Das Verschulden des Fahrzeugherstellers wird innerhalb des § 823 Abs. 2 BGB im Fall des hier gegebenen objektiven Verstoßes gegen § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV vermutet. Dementsprechend muss der Fahrzeughersteller, wenn er eine

Übereinstimmungsbescheinigung trotz der Verwendung einer unzulässigen Abschalteinrichtung ausgegeben und dadurch § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV verletzt hat, im Fall der Inanspruchnahme nach § 823 Abs. 2 BGB Umstände darlegen und beweisen, die sein Verhalten zum maßgeblichen Zeitpunkt des Kaufs des Fahrzeugs durch den Kläger ausnahmsweise nicht als fahrlässig erscheinen lassen. Beruft sich der Fahrzeughersteller darauf, ausreichend sorgfältig gehandelt oder einem unvermeidbaren, weil trotz ausreichender Sorgfalt zustande gekommenen, Verbotsirrtum unterlegen zu sein, muss er sowohl seinen Irrtum über die rechtlichen Anforderungen als solchen als auch dessen Unvermeidbarkeit darlegen und erforderlichenfalls beweisen. Die Darlegung eines Irrtums verlangt den substantiierten Vortrag, dass sich sämtliche seiner verfassungsmäßig berufenen Vertreter im Sinne des § 31 BGB über die Rechtmäßigkeit der vom Käufer dargelegten und erforderlichenfalls nachgewiesenen Abschalteinrichtung mit allen für die Prüfung nach Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 bedeutsamen Einzelheiten im maßgeblichen Zeitpunkt im Irrtum befanden oder im Falle einer Ressortaufteilung den damit verbundenen Pflichten genügten (BGH v. 25.09.2023 – VIa ZR 1/23, bei juris Tz. 13f; BGH v. 26.06.2023 – VIa ZR 335/21, NJW 2023, 2259 Rn. 59ff; BGH v. 06.11.2018 – II ZR 11/17, BGHZ 220, 162, Rn. 17ff). Erst wenn feststeht, dass die verantwortlichen Repräsentanten der Beklagten tatsächlich irrten, kommt nach dem gesetzlichen Fahrlässigkeitsmaßstab eine Entlastung mit Rücksicht auf die Umstände in Betracht, dass der Verwendung der Abschalteinrichtung ein allgemeiner Industriestandard zugrunde lag oder das KBA auch nach umfangreichen Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangte, unzulässige Abschalteinrichtungen nicht festgestellt zu haben (BGH v. 25.09.2023 – VIa ZR 1/23, bei juris Tz. 14 a.E., vgl. OLG Schleswig Urt. v. 30.1.2024 – 3 U 148/22, BeckRS 2024, 3307 Rn. 46, beck-online).

Es mangelt schon an Tatsachenvortrag zu einem Irrtum im o.g. Sinne.

Den dem Kläger entstandenen Schaden schätzt das Gericht auf mindestens 15% des Kaufpreises, wobei das Gericht durch den seitens des BGH gesetzten Rahmen in der Höhe des zuzusprechenden Betrages begrenzt ist. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass die Beklagte bis heute das Vorhandensein jeglicher unzulässiger Abschalteinrichtung leugnet und damit ihr schadensstiftendes Verhalten weiter fortsetzt. Das Gebot unionsrechtlicher Effektivität erfordert insofern die Annahme eines Schadens in Höhe von 15% des Kaufpreises. Es handelte sich auch nicht um einen Grad der lediglich leichten Fahrlässigkeit, sondern um einen solchen, der in dem Bereich der sog. bewussten Fahrlässigkeit anzusiedeln ist. Das Prozessverhalten spricht insoweit Bände.

Angesichts dessen kann offen bleiben, inwieweit das Thermofenster eine weitere unzulässige Abschalteinrichtung darstellt, da es für die gestellten Anträge nicht mehr relevant ist.

Der Zinsanspruch folgt aus §§ 288 Abs. 1 S. 2, 291 BGB.

Dem Kläger steht zudem ein Anspruch auf Freistellung von den vorgerichtlichen Rechtsanwaltskostenforderungen zu, da er einerseits die Beauftragung eines Rechtsanwalts für erforderlich halten durfte und andererseits die Höhe der geforderten Gebühren keinen Bedenken begegnet, auch unter Zugrundelegung des höheren Gegenstandswerts, zumal der Anspruch der Höhe nach einer Schätzung unterlag und die Angelegenheit jedenfalls nicht als „unterkomplex“ anzusehen ist.

Der nicht nachgelassene Schriftsatz der Beklagten vom 01.03.2024 bot keinen Anlass zur Wiedereröffnung. Dieser ist verspätet und daher nicht zu berücksichtigen (§ 296a S. 1 ZPO), die Voraussetzungen der §§ 139 Abs. 5, 156, 283 ZPO liegen nicht vor.

Die prozessualen Nebenentscheidungen folgen aus den §§ 92, 269, 709, 711 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Amtsgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils bei dem Landgericht Duisburg,

_____, eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des Urteils, gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils gegenüber dem Landgericht Duisburg zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Landgericht Duisburg durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

Hinweis zum elektronischen Rechtsverkehr:

Die Einlegung ist auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts möglich. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 130a ZPO nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen

Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (BGBl. 2017 I, S. 3803) eingereicht werden. Auf die Pflicht zur elektronischen Einreichung durch professionelle Einreicher/innen ab dem 01.01.2022 durch das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 und das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 05.10.2021 wird hingewiesen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Baumeister

2384

Verkündet am 15.03.2024

te [REDACTED], Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Protokoll

Folgende Dokumente wurden durch [REDACTED] untrennbar verbunden:

Blatt	Dokumentname	Originalname	Typ
2375 - 2383	E1_11-Ri-0003-Vorlage zur Urteilerstellung (eAkte)_13.03.2024 13_49_40	E1_11-Ri-0003-Vorlage zur Urteilerstellung (eAkte)_13.03.2024 [REDACTED]	Urteil
2384	Vermerk- Verkündet, Zugestellt an-am, Erlassen, Wirksam (Urschrift)	Vermerk- Verkündet, Zugestellt an-am, Erlassen, Wirksam (Urschrift) erst. am 18.03.2024	Beschluss

Die untrennbare Verbindung wurde am **18.03.2024** um **14:09** Uhr erstellt.